



Monitoring-Report Nr. 13 Case 002/01 ECCC

64., 65., 66. Verhandlungswoche – Closing Statements/ 16. bis 31. Oktober 2013
Trial Management Meeting/ 11. bis 12. Dezember 2013

Prof. Dr. Christoph Safferling, LL.M. (LSE), Ref. iur. Johanna Grzywotz, Stud. iur. Nicolai Bülte, Stud. iur. Tobias Römer

I. Zusammenfassung der Geschehnisse

Während der drei Verhandlungswochen im Oktober trugen die einzelnen Prozessparteien Argumente bezüglich der Verantwortlichkeit der beiden Angeklagten vor.¹ Im Anschluss daran wurde den Parteien die Gelegenheit gegeben, zu den Argumenten Stellung zu beziehen. Während des letzten Verhandlungstages äußerten sich sowohl Nuon Chea als auch Khieu Samphan zu den Tatvorwürfen. Zuletzt wurde vom Vorsitzenden ein Trial Management Meeting für das weitere Vorgehen anberaumt, welches im Dezember stattfand. Inhaltlich ging es dabei um die finanzielle und logistische Planung des Case 002/02 sowie um die Tatvorwürfe des kommenden Teilverfahrens.

II. Materiellrechtliche und prozessuale Erörterungen

Sämtliche Prozessparteien nahmen die Gelegenheit wahr, sich zu dem bisherigen Verhandlungsgeschehen und den Argumenten der anderen Parteien zu äußern. Auch die Angeklagten bezogen zu den Vorwürfen Stellung.

1. Vorträge der Parteien

Am ersten Tag der Closing-Statements trugen die Anwälte der Civil Parties ihre Ansicht bezüglich des andauernden Leidens der Opfer des Roten Khmer Regimes sowie möglicher Wiedergutmachungs- und Reparationsansprüche vor. Anschließend erklärte der Vertreter der Staatsanwaltschaft seine Sicht über die persönliche Verantwortung des jeweiligen Angeklagten. Die Verteidigung versuchte als letzte Vortragspartei die vorgebrachten Anschuldigungen, belastenden Beweise und Argumente zu widerlegen.

a. Opfervertretung

aa. Bedeutung der Civil Parties

Zu Beginn ihres Vortrags stellte die Opfervertretung die Bedeutung der Verfahrensteilnahme ihrer Klienten heraus. Civil Parties hätten zur Wahrheitsfindung beigetragen, indem sie über das Leiden der Opfer und die verbrecherischen fünf Politiken der CPK ausgesagt hätten.² Auch über die Beteiligung der Angeklagten und deren Joint Criminal Enterprise Teilhabe seien durch die Aussagen Beweise erbracht worden. Durch die Beteiligung der Opfer sei es dem Gericht möglich, direkte Zeit- und Augenzeugen zu hören, um die Organisation der Verbrechen durch das Regime zu verstehen. Trotz fehlender vorheriger Vereidigung seien die Aussagen sämtlicher Civil Parties von enormer Bedeutung für das Verfahren.

bb. Umsiedlung der Bevölkerung

Die Anwälte zitierten eine Vielzahl von Zeugen, die das Leiden der Opfer, welches durch die Umsiedlung hervorgerufen worden sei, beschrieben hatten. Die Situation in Phnom Penh vor dem 17. April 1975 sei bedingt durch den Krieg und die damit verbundenen Flüchtlingsströme und Versorgungsprobleme hart gewesen. An diesem Tag hätten viele Menschen die Roten Khmer nach deren Sieg über die Truppen der Khmer Republik als Befreier angesehen. Das habe sich allerdings nach deren gewaltvoller Vertreibungspolitik geändert. Stadtbewohner seien nach dem Einzug der Roten Khmer unter Gewaltanwendung aus ihrer Heimat vertrieben worden und hätten nach tagelangen Märschen ohne Versorgung und unter schweren Witterungsbedingungen in ländlichen und als Kooperativen organisierten Stätten als Sklaven Zwangsarbeit verrichten müssen. Dort seien sie permanenter Diskriminierung ausgesetzt gewesen. Während der Umsiedlung und in den Arbeitsstätten seien zahlreiche Menschen getötet worden oder an Hunger und

¹ Ursprünglich wurden die Vorträge während eines Trial Management Meetings für den 09. bis 22. Oktober 2013 festgelegt, vgl. Monitoring-Report Nr. 12, S. 2.

² Die fünf Politiken: Umsiedlung der Bevölkerung, Errichtung und Betrieb von Arbeitsstätten, Auslöschung schlechter Elemente und Feinde innerhalb und außerhalb der Partei, Verfolgung einzelner Gruppen, Regulierung von Heiraten, vgl., Closing Order, S. 41 f.

Entkräftung gestorben. Während und infolge der ersten und zweiten Phase des Bevölkerungstransfers seien alle Menschen, in besonderem Maße jedoch die ehemaligen Stadtbewohner, menschenunwürdig behandelt worden.³

Die Opfervertretung betonte, dass es sich bei der Umsiedlung um ein Verbrechen gehandelt habe, obwohl die Verteidigung versucht hätte, den Transfer als notwendige und daher nicht rechtswidrige Evakuierung darzustellen. Die Behauptung, es habe die Gefahr einer amerikanischen Bombardierung Phnom Penhs bestanden, sei unwahr und habe den Roten Khmer lediglich als Vorwand gedient, um die Menschen zum Verlassen ihrer Häuser zu bewegen. Auch das Versorgungsproblem der kriegsbedingt mit Flüchtlingen überfüllten Stadt könne nicht als Grund für eine Umsiedlung angebracht werden, da in erster Linie die Kräfte der Roten Khmer selbst für die schwere Lage verantwortlich gewesen seien. Zudem habe man während der Umsiedlung keinerlei oder zumindest unzureichende Versorgung gewährleistet, was einer Evakuierung wegen Versorgungsschwierigkeiten widerspreche. Stattdessen sei die Umsiedlung bereits im Voraus geplant gewesen und stelle ein Sinnbild für die Herrschaft der Roten Khmer dar.

cc. Wiedergutmachungsansprüche

Als Opfer eines Verbrechens der Angeklagten hätten die Civil Parties einen Anspruch auf Wiedergutmachung, trotzdem eine solche in Anbetracht der Tatschwere nicht möglich sei. Da Nuon Chea und Khieu Samphan nicht mit ausreichenden Geldmitteln ausgestattet seien, müsse der Anspruch von staatlicher Seite mit Unterstützung verschiedener Förderer, wie etwa NGOs beglichen werden.⁴ Es wurde die Bewilligung von insgesamt 13 Projekten in den Bereichen der kollektiven Erinnerung, der Rehabilitation sowie der Dokumentation und Lehre beantragt.⁵

b. Staatsanwaltschaft

aa. Umsiedlung der Bevölkerung

Um die Umsiedlung der Bevölkerung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu beweisen, ging die Staatsanwaltschaft auf den historischen Hintergrund, die Politik der CPK Führung, den Plan des Transfers, dessen Umsetzung, die Verhältnisse während und infolge des Umsiedlung sowie die Diskriminierung der ehemaligen Stadtbewohner ein.⁶ Die Umsiedlung wurde als Teil einer Politik zur Errichtung eines Sklavenstaates bezeichnet.

Die Roten Khmer hätten bereits in den 60er Jahren eine kommunistische Ideologie mit dem Ideal einer gleichgeformten ländlichen Gesellschaft verfolgt. Mit Etablierung der CPK und im Laufe der Jahre des andauernden Konflikts habe sich die revolutionäre Bewegung weiter radikalisiert. Städte als Ausdruck einer Klassengesellschaft hätten nicht mehr in das verfolgte Bild gepasst und die urbane Bevölkerung sei als vom Feind kontrolliert oder selbst als Feind angesehen worden. Infolgedessen seien in Gebieten, die von den Roten Khmer kontrolliert wurden, schon vor 1975 Teile der Bevölkerung zur Arbeit in ländlichen Kooperativen gezwungen worden. Auch der Plan zum Transfer weiterer Stadtbewohner habe bereits bestanden. Die spätere Umsiedlung und Diskriminierung der Stadtbewohner sei demnach Ausdruck einer bereits existierenden Politik gewesen.

Unmittelbar nach dem Einmarsch der Roten Khmer in Phnom Penh sei der zuvor gefasste Plan vollzogen worden. Dabei seien die beteiligten Soldaten gezielt von der Führung angewiesen worden und hätten deren Befehle befolgt. Während des mithilfe von Gewalt und verschiedenen Vorwänden durchgeführten Transfers sei die Versorgung und Behandlung der Menschen schlecht gewesen, sodass es zahlreiche Tote gegeben habe. Nach ihrer Ankunft in den ländlichen Gebieten habe man die Anweisung erteilt, dass jedermann seine Biographie zu schreiben habe, sodass potentielle Feinde, insbesondere Anhänger des alten Regimes und Intellektuelle, ausgeschaltet werden konnten.⁷ In den Arbeitsstätten der Kooperativen seien zahlreiche Menschen getötet worden oder an Hunger und Entkräftung gestorben. Ehemalige Stadtbewohner hätten unter härteren Bedingungen mehr Zwangsarbeit als die restliche Bevölkerung verrichten müssen und seien als Ausdruck der Politik diskriminierend behandelt worden.

Die zweite Phase der Umsiedlung, welche den Transfer aus den übrigen Städten betraf, sei ebenfalls wegen der bestehenden Politik und eines auf Zentralebene vorgefassten Plans durchgeführt worden. Im ganzen Land habe man Kooperativen und Arbeitsstätten betreiben wollen, die mit den Opfern „aufgefüllt“ werden sollten. Die Menschen seien anschließend als Material eingesetzt und zu tausenden teilweise mehrfach von einer Kooperative in die andere

³ Mehrfach wurde unter Hinweis auf Zeugenaussagen gesagt, die Menschen seien zu Tieren herabgewürdigt worden.

⁴ Anwältin Simonneau-Fort dankte an dieser Stelle den zahlreichen Unterstützern.

⁵ Die Projekte bestanden etwa in der Veröffentlichung der Opfernamen, Betreuung und der Errichtung von Gedenkstätten.

⁶ Größtenteils ging es um die Tatbestandsmerkmale des ausgedehnten oder systematischen Angriffs, um die nach Art. 5 ECCC Law erforderliche Diskriminierungsabsicht sowie um einen bestehenden gemeinsamen Plan im Rahmen eines Joint Criminal Enterprise.

⁷ Viele Menschen seien anschließend in sog. Sicherheitszentren gefangen gehalten oder umgebracht worden.

verschoben worden. Dabei habe man massive Gewalt angewendet. Auch während der zweiten Phase sei man gegen angebliche Feinde vorgegangen und die Opfer seien ständiger Diskriminierung ausgesetzt gewesen.

bb. Exekution ehemaliger Lon Nol Soldaten in Tuol Po Chrey

Bezüglich der Exekution ehemaliger Lon Nol Soldaten brachte die Staatsanwaltschaft an, es habe sich hierbei ebenfalls um den Ausdruck einer Politik zur Eliminierung sämtlicher Anhänger des vormaligen Regimes der Khmer Republik als Feinde gehandelt. Wie Vietnamesen oder Intellektuelle habe man Mitglieder diese Gruppe als Feinde der Revolution angesehen und entsprechend behandelt. Viele seien etwa in Sicherheitszentren inhaftiert und umgebracht worden.⁸ Zunächst seien nur die obersten Führungspersonen Regimes als zu Eliminierende bekannt gegeben worden.⁹ Letztlich habe man jedoch den Plan gefasst, alle ehemaligen Anhänger als Feinde zu verfolgen. Infolgedessen seien diese im gesamten Land verfolgt worden. Laut Staatsanwaltschaft gebe es klare Beweise, dass nach dem Einmarsch der Roten Khmer in Phnom Penh etwa 2000 bis 3000 ehemalige Lon Nol Anhänger zu einem Treffen zusammengerufen wurden und anschließend unter einem Vorwand mit Lastwagen nach Tuot Po Chrey zur Exekution gebracht wurden.

cc. Rolle und Charakter der Angeklagten

Bezüglich Nuon Cheas gab die Staatsanwaltschaft an, dass die Behauptung, er habe aufgrund mangelnder intellektueller Fähigkeiten keine wirkliche Führungsposition übernehmen können, falsch sei. Der Angeklagte habe Recht studiert und spreche drei Sprachen. Er sei ein Extremist, der die Politik der CPK von Anfang an mitbestimmt habe und später als „Bruder Nr. 2“ nach, und teilweise neben Pol Pot regiert habe. Verschiedene Statements, Dokumente, Interviews und andere Beweise lägen vor, welche eine führende Funktion sowohl in der Legislative als auch in der Exekutive aufzeigten. Eingeschlossen sei eine führende Beteiligung am Betrieb von S-21 sowie der Entscheidung zur Umsiedlung der Bevölkerung und der Exekution ehemaliger Anhänger der Khmer Republik. In Anbetracht der Kommunikationsstruktur des Staates und der kollektiven Entscheidungsfindung der Führungsriege habe Nuon Chea als Mitbestimmer gemeinsamer Pläne von den Verbrechen gewusst, diese gefördert und nicht verhindert.

Khieu Samphan wurde als machthungrige und manipulative Person innerhalb der höchsten Staatsämter beschrieben. In dieser Position und als Mensch überhaupt müsse er von den Verbrechen gewusst haben.¹⁰ Zudem gebe es Beweise, dass der Anklagte nicht nur Staatsoberhaupt und Teil des Parteizentrums sondern auch Mitglied des Ständigen Komitees im Zentrum der Entscheidungsfindung gewesen sei. Aufgrund dieser Positionen sei er verantwortlich für die Planung, Implementierung und Aufsicht der im Verfahren behandelten Verbrechen.

Wegen des errichteten staatsorganisatorischen Systems des demokratischen Zentralismus seien Entscheidungen von der Führung auf Zentralebene kollektiv zu treffen gewesen. Aufgrund ihrer Funktionen im Staat hätten beide Angeklagten zu einem gemeinsamen Plan zur Aufrechterhaltung eines kriminellen Systems, unter anderem in Form eines Sklavenstaates, beigetragen. Zudem hätten beide mit entsprechender Intention ihren Beitrag zu einem gemeinsamen kriminellen Plan geleistet, sodass die ersten beiden Formen von JCE erfüllt seien. Beide Angeklagten seien bezüglich aller Vorwürfe des Case 002/01 schuldig. Somit sei für beide eine lebenslange Haftstrafe zu verhängen, wobei keine Gründe für eine Reduzierung ersichtlich seien.¹¹

c. Verteidigung

aa. Legitimation und Fairness des Verfahrens

Mehrfach wurde die Legitimation des Verfahrens von der Verteidigung infrage gestellt. So habe zwar der Staatsanwalt klargestellt, dass die Anklage keine Ideologie als solche betreffe, in Wahrheit sei der Kommunismus als an sich nicht strafbare Ideologie der Angeklagten jedoch Teil der Verhandlungen und der vorangegangenen Vorträge gewesen.¹² Auch die Tatsache, dass der Gesamtkontext, der die Verbrechen der Lon Nol- und US-Regierung vor der Zeit

⁸ Es wurde auf das, schon vor der Einrichtung des S-21 von Duch betriebene, M-13 verwiesen.

⁹ Englischer verwendeter Ausdruck: Seven Supertraitors.

¹⁰ Staatsanwalt Smith gab an, wenn man der Verteidigung Glauben schenke, sei Khieu Samphan als Staatschef der einzige Mensch im Staat gewesen, der von den Verbrechen nichts mitbekommen hätte.

¹¹ Während der Beantragung der Strafe wurde Nuon Chea, der sich ansonsten in seiner Haftzelle befand, in den Gerichtssaal zur direkten Verfahrensteilnahme gebracht.

¹² Verteidiger Koppe kritisierte, dass kein internationaler Richter aus einem kommunistischen Staat stamme, was ein Verständnis der Staatsideologie und Staatsstruktur unmöglich mache.

des Demokratischen Kampuchea umfasse, außer Acht gelassen worden sei, spreche gegen ein legitimes Verfahren.¹³ Weiterhin habe bereits eine Verurteilung der Angeklagten in der Öffentlichkeit stattgefunden, was eine gerechte Verurteilung erschwere. Dies sei zudem in Hinblick auf Einmischungen der Regierung in das laufende Verfahren problematisch. So habe es Äußerungen Hun Sens gegeben, der die Angeklagten in polemischer Weise als schuldig bezeichnet habe.¹⁴

Das Verfahren als solches sei entsprechend nicht fair verlaufen. Insbesondere wurde kritisiert, dass verschiedene Zeugen nicht gehört worden seien, sei es wegen einer Behinderung durch die Regierung oder Fehlentscheidungen des Gerichts. Belastende Zeugen hätten nicht auf ihre Glaubwürdigkeit hin überprüft werden können. Außerdem sei es problematisch, dass zahlreiche Dokumente unzureichend übersetzt worden seien, was eine angemessene Vorbereitung durch die Verteidigung verhindert habe. Weiterhin habe die Staatsanwaltschaft unzulässigerweise während ihres Schlussvortrags die behandelte Täter-/ Teilnehmerform um die zweite Form des Joint Criminal Enterprise erweitert. Diese Form sei zuvor nicht Gegenstand des Verfahrens gewesen.

bb. Umsiedlung der Bevölkerung

Die Anwälte kritisierten die Versuche der Anklage, den Transfer der Stadtbevölkerung als Teil einer Politik zur Errichtung eines Sklavenstaates und dadurch das Vorliegen eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu beweisen. Ein solcher Beweis sei nur möglich, wenn man die Tatbestandsmerkmale „ausgedehnt“ und „systematisch“ aufzeige sowie eine Diskriminierungsabsicht nachweise.¹⁵ Zu diesem Zweck habe die Anklage während der Hauptverhandlung Beweise vorgebracht, die nicht Teil des Case 002/01 seien. Dieser umfasse lediglich die Bevölkerungstransfers ab dem 17. April 1975 und die Exekution ehemaliger Lon Nol Soldaten in Tuol Po Chrey. Insbesondere seien Zeugen über die Zeit vor 1975 sowie nach den Verhältnissen in verschiedenen Arbeitsstätten befragt worden. Dortige Vorfälle seien eventuell in späteren Verfahren, aber nicht im Laufenden zu behandeln, sodass eine Politik zur Errichtung eines Sklavenstaates momentan nicht zu beweisen sei.

Überhaupt habe eine Politik zur Errichtung eines Sklavenstaates nie existiert. Stattdessen sei der Transfer der Bevölkerung von Phnom Penh und später von anderen Städten aus humanitären und wirtschaftlichen Gründen notwendig gewesen.¹⁶ Aufgrund des andauernden Konflikts und der immensen Bombardierung kambodschanischen Territoriums im Rahmen des Vietnam Krieges durch amerikanische Streitkräfte sei die Infrastruktur des Landes zerstört worden, großes Leiden innerhalb der Bevölkerung entstanden und eine Lebensmittelknappheit hervorgerufen worden.¹⁷ Dies habe zu Versorgungsengpässen und Flüchtlingsströmen in die Städte, insbesondere Phnom Penh geführt. Um eine Eskalation der Lage zu vermeiden und die Versorgung mit Lebensmitteln zu steigern, habe man die Entscheidung getroffen, die Stadtbewohner gemeinsam mit der Landbevölkerung in Kooperativen, Reis anbauen zu lassen. Infolgedessen habe man lediglich legale Wirtschaftspolitik betrieben.

Entgegen der Behauptung der Anklage, habe zu keinem Zeitpunkt eine Absicht zur Verfolgung oder Diskriminierung der Stadtbewohner existiert. Stattdessen habe man allgemein den Feudalismus und den Kapitalismus abschaffen und ein System der Gleichheit etablieren wollen. Die Stadtbevölkerung sei als gleichberechtigter Teil der Gesamtbevölkerung angesehen worden und man habe ihr in den Kooperativen ein Recht auf Arbeit gewähren wollen.¹⁸ Entsprechend dieser Zielsetzung habe man jegliche Ungleichbehandlung entgegenzuwirken versucht und sämtliche Parteikader zur entsprechenden humanen Behandlung instruiert. Demnach sei die Versorgung mit Lebensmitteln während der Umsiedlung und die Ankunft der Stadtbewohner in die ländlichen Gebiete vorbereitet worden. In den Kooperativen sei ebenfalls eine Gleichbehandlung angestrebt worden.¹⁹ Eventuell vorgefallene Verbrechen und Ungleichbehandlungen seien somit nicht Ausdruck einer Parteipolitik sondern vielmehr Taten lokaler Parteikader, die die angezielte Politik falsch implementierten oder ihr zuwiderliefen, zumal die Zuständigkeit für die zweite Phase der Umsiedlung in der Zonen- und nicht auf der Zentralregierungsebene gelegen habe.

¹³ Laut Koppe sei es eine Frage, auf welcher Seite man während des Kalten Krieges gestanden habe. Er sprach wörtlich von Siegerjustiz.

¹⁴ Unter anderem sei Nuon Chea vom Premierminister als unmenschliches Monster bezeichnet worden.

¹⁵ Zum Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit an den ECCC, vgl. Art. 5 ECCC Law.

¹⁶ Die Anwälte nutzten für die Umsiedlung der Bevölkerung Phnom Penhs das ebenfalls von den Roten Khmer verwendete Wort Evakuierung.

¹⁷ Es wurde betont, dass ein Vielfaches der Sprengkraft von im Zweiten Weltkrieg auf Japan abgeworfenen Bomben, inkl. der Atombomben, auf kambodschanischem Gebiet verwendet wurde.

¹⁸ Die Verteidigung verwies auf den Sprachgebrauch der Roten Khmer Führung, welche den Begriff der Befreiung Phnom Pens verwendete.

¹⁹ Als Argument wurde etwa angeführt, dass später auch Teile der Landbevölkerung umgesiedelt wurden.

cc. Exekution ehemaliger Lon Nol Soldaten in Tuol Po Chrey

Bezüglich der Anschuldigung wegen Tötung ehemaliger Lon Nol Soldaten in Tuol Po Chrey als Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurden zunächst die vorgebrachten Beweise kritisiert. So seien die Untersuchungen am Tatort nur unzureichend durchgeführt und lediglich Spuren gefunden worden, die das Vorliegen einer entsprechenden Straftat als höchstens wahrscheinlich erscheinen lassen. Sämtliche während der Beweisaufnahme gehörten Zeugen hätten sich in ihren Aussagen widersprochen oder seien lediglich Zeugen von Hörensagen. Schon nach der Beweislage sei somit kein zweifelsfreier Schuldspruch möglich. Weiterhin wurde die Art der Anklage, eine Politik zur Verfolgung ehemaliger Anhänger der Khmer Republik nachzuweisen, angegriffen. Das Vorbringen von Beweisen einer solchen ausgedehnten oder systematischen Verfolgungs- und Angriffspolitik betreffe Vorfälle außerhalb des verhandelten Case 002/01 und sei demnach unzulässig.

Eine Politik der Verfolgung habe ohnehin zu keinem Zeitpunkt existiert. Zwar hätten die Roten Khmer Krieg gegen das Lon Nol Regime geführt, allerdings nicht in unrechtmäßiger Vorgehensweise. Während der Eroberung Phnom Penhs habe die verantwortliche Führung etwa den unbedingten Befehl erteilt, nur auf Personen zu schießen, die ebenfalls Waffengewalt anwenden. Sich ergebende Soldaten seien, wie die Zivilbevölkerung, als Nichtkombattanten human zu behandeln gewesen. Auch während der Umsiedlung und in den Arbeitsstätten habe es keine Ungleichbehandlung oder Verfolgung gegeben. Soldaten des alten Regimes seien stattdessen dem restlichen Teil der Bevölkerung gleichzustellen gewesen.

dd. Rolle und Charakter der Angeklagten

Nuon Cheas Anwälte brachten vor, dass ihr Klient nur bedingten Einfluss unter den Roten Khmer gehabt und diesen nicht mit kriminellen Intentionen missbraucht habe. Zwar habe er Führungspositionen innerhalb der Regierung bekleidet, allerdings nicht in der Form, wie es von der Gegenseite dargestellt worden sei.²⁰ Als Nichtintellektueller habe Pol Pot ihm keine wahren Führungsaufgaben anvertraut. Innerhalb seines Verantwortungsbereichs habe Nuon Chea lediglich mit der Intention gehandelt, eine sozial homogene und gerechte Gesellschaft ohne Gewalt mit einer unabhängigen und funktionierenden Wirtschaft zu etablieren, wozu er auf verschiedenen Treffen auch Parteikader angewiesen habe. Die Tötung von Menschen sei hierin nicht eingeschlossen.

Zwar sei der Angeklagte an der Entscheidung zur Umsiedlung der Bewohner Phnom Penhs aus humanitären Gründen beteiligt gewesen, allerdings habe er erst nach den Umsiedlungen weiterer Bevölkerungsteile von Letzteren erfahren. Es liege somit keine Beteiligung an einem gemeinsamen kriminellen Tatplan oder individuelle Verantwortlichkeit für Verbrechen vor, sodass Nuon Chea von den Vorwürfen der Anklage freizusprechen sei.

Die Verteidigung Khieu Samphans argumentierte, dass ihr Klient aufgrund seines Hintergrundes, Werdegangs und Charakters nicht Teil der eigentlichen Gruppe der Entscheidungsträger innerhalb der Roten Khmer gewesen sei und demnach keine Machtposition und Verantwortung im Staat innegehabt haben könne. Khieu Samphan habe sich bereits früh intellektuelle Fähigkeiten angeeignet. Er habe unter anderem in Frankreich studiert, wo er in Kontakt mit kommunistischen Gruppierungen gekommen sei. Diese Ideologie sei ihm, wie vielen anderen Menschen in den 50er/60er Jahren, zukunftssträchtig und hoffnungsvoll erschienen.

Nach seiner Rückkehr nach Kambodscha habe er als Politiker wegen seiner antikorrupten Haltung starke Beliebtheit in der Bevölkerung erlangt,²¹ was ihn in den Augen der Lon Nol Regierung als Gefahr erschienen ließe. Aus diesem Grund sei er gezwungen gewesen, in den Dschungel zu fliehen, wo er sich allein wegen der widrigen Umstände den Roten Khmer angeschlossen habe. Diese hätten von seiner Popularität profitieren wollen und ihn in hohe, allerdings lediglich repräsentative, Positionen innerhalb der GRUNK, FUNK und später der CPK eingesetzt. Nach 1975 habe er als formelles Staatsoberhaupt ebenfalls nur repräsentiert. Als Intellektueller habe er nicht die Anforderungen einer Mitgliedschaft in Entscheidungspositionen, insbesondere im Ständigen Komitee, erfüllt.²² Auch habe er nie den Vorsitz des Office 870 geführt. Entsprechend seines geringen Einflusses sei er auch nicht Teil der Entscheidungsfindungen zu Umsiedlungen der Bevölkerung oder Exekutionen gewesen. Von den schlechten Lebensbedingungen im Land habe er nichts gewusst. Da er in erster Linie am Wohlbefinden der Menschen interessiert gewesen sei, habe er nie

²⁰ Anwalt Son Arun verwies auf die Behauptung, Nuon Chea habe Positionen im Sozialministerium, als amtierender Premierminister von 1976 – 1977, als auch in der Aufsicht über Zonen und über S-21 bekleidet.

²¹ Unter anderem sei er als Mr. Clean bekannt gewesen.

²² Der übliche englische Begriff des ständigen Komitees lautet Standing Committee.

ein Leiden der Bevölkerung erzielen wollen.²³ Khieu Samphan sei nicht Teil eines Joint Criminal Enterprise gewesen und entsprechend freizusprechen.

2. Gegenargumente der Parteien

Während der letzten Verhandlungswoche wurde jeder Partei ein weiterer Tag Zeit gegeben, um in Vortragsform die vorgebrachten Argumente der Gegenpartei zu widerlegen. Die Reihenfolge der Vorträge entsprach derjenigen der Hauptvorträge.²⁴

a. Opfervertretung

Die Opfervertretung stellte erneut dar, warum die Civil Parties als Opfer von den Verbrechen der Angeklagten einen Anspruch auf Gerechtigkeit und Reparationen hätten. Die Stadtbewohner seien zunächst von den Roten Khmer durch Gewalt und Lügen zum Verlassen ihrer Heimat bewegt worden. Anschließend hätten sie gemeinsam mit der Landbevölkerungen in Arbeitsstätten unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten müssen. In den als Kooperativen organisierten Arbeitsstätten seien die Neuankömmlinge unabhängig von einer eventuell anders gerichteten Parteipolitik dauerhafter Diskriminierung ausgesetzt gewesen. Die Anwälte bekräftigten die Existenz eines Sklavenstaates durch die Implementierung von Zwangsarbeit, vollständiger physischer und psychischer Kontrolle sowie der Abschaffung jeglicher Form von Freiheit. Dieser Zustand des Leidens sei ebenfalls durch Gewalt und Lügen aufrechterhalten worden.²⁵

Hierfür seien die Angeklagten der Gerechtigkeit zu unterwerfen. Nuon Chea etwa versuche sich, durch die alleinige Akzeptanz moralischer Verantwortung, der justiziellen Verantwortung zu entziehen. Khieu Samphan sei zwar möglicherweise vor der Regentschaft der Roten Khmer für seinen positiven Charakter bekannt gewesen, dies sei allerdings nicht mehr während des verhandelten Zeitraums der Fall gewesen, wo er und Nuon Chea als Teil der Entscheidungsträger für die Verbrechen verantwortlich gewesen seien.

b. Staatsanwaltschaft

In Bezug auf die Umsiedlung der Bevölkerung stellt die Staatsanwaltschaft klar, dass diese in jeder Hinsicht unrechtmäßig durchgeführt und Teil eines verbrecherischen Plans gewesen sei. Es gebe genug Beweise und es sei allgemein bekannt gewesen, dass ehemalige Stadtbewohner als „Neues Volk“ diskriminiert worden seien,²⁶ was Ausdruck einer auf zentraler Ebene beschlossenen Politik gewesen sei. Dies und die administrative sowie kommunikative Struktur im Staat widersprächen zudem der Behauptung, die Zonen seien für Verbrechen, insbesondere Diskriminierung, im Zuge der zweiten Phase der Umsiedlung verantwortlich gewesen. Die Beweise für das Vorliegen von Exekutionen ehemaliger Lon Nol Soldaten in Tuol Po Chrey seien überzeugend sowie in der Zahl ausreichend und zeugten von einer Politik der Verfolgung aller ehemaliger Lon Nol Soldaten. Zudem sei eindeutig, dass diese Politik und deren Implementierung entgegen der Behauptung der Verteidigung der Zentralebene zuzuschreiben sei und nicht Ausdruck einer angeblichen Unabhängigkeit der Zonen sei.

Die Staatsanwaltschaft beschrieb das Demokratische Kampuchea als organisiertes System der Misshandlung der kambodschanischen Bevölkerung.²⁷ Zu diesem System hätten beide Angeklagten mit entsprechender Intention beigetragen, womit die Voraussetzungen von JCE erfüllt seien.²⁸ Allein dies sei von der Staatsanwaltschaft im Verfahren angeführt worden und nicht, wie die Verteidigung zu unterstellen versucht habe, die Anklage des Kommunismus als Ideologie. Die verhandelten Verbrechen des Case 002/01 seien Teil des Systems und der verfolgten Politik. Zum Schluss bekräftigte die Staatsanwaltschaft, dass beide Angeklagten sich im Zentrum der Politik befunden hätten und mit lebenslänglicher Haft zu bestrafen seien.

²³ Die Verteidigung zitierte zahlreiche Zeugen, die Khieu Samphan als selbstlos, bescheiden, freundlich und fürsorglich beschrieben hatten.

²⁴ Vgl. Punkt (II. 1.).

²⁵ Bezüglich der Lügen wurde eine Referenz zu George Orwells Roman 1984 hergestellt, in dem die herrschende Partei den Sprachgebrauch zur Kontrolle änderte. Die Roten Khmer nützten eine kriegsmetaphorische, sinnverzerrende Sprache. Evakuierung etwa meine Zwangsumsiedlung und Unterrichten meine Töten.

²⁶ Englisch: New People.

²⁷ Im Englischen Original: "organized system of mistreatment of the Cambodian people".

²⁸ Bezüglich der Erweiterung der JCE Form wurde angemerkt, dass eine Erweiterung rechtlich möglich und in der Vergangenheit bereits geschehen sei.

c. Verteidigung

Die Verteidigung kritisierte mehrfach die konstante Verwendung des Wortes Sklavenstaat, insbesondere durch die Opfervertretung. Eine Versklavung der Zivilbevölkerung könne nur unter Hinzunahme von Beweisen von Verbrechen in Kooperativen und Arbeitsstätten aufgezeigt werden. Diese seien jedoch nicht Teil des laufenden Verfahrens im Case 002/01. Entsprechend sei auch die genannte Zahl von 2.000.000 Toten irrelevant, da sie sich nicht allein auf die Umsiedlungsphasen eins und zwei sowie die Exekution ehemaliger Lon Nol Anhänger in Tuol Po Chrey, sondern auf die gesamte Ära des Demokratischen Kampuchea beziehe. Einzelne Aussagen über das gesamte Ausmaß von Verbrechen im ganzen Land während der gesamten Herrschaftszeit der Roten Khmer seien nicht repräsentativ. Insofern sei auch ein JCE 2 nicht gegeben, da man keinen Vergleich des Landes mit einem Konzentrationslager ziehen könne. Man versuche allerdings nicht, die Leiden der Opfer zu verneinen oder zu verharmlosen.²⁹

Weiter wurde argumentiert, warum das Verfahren nicht fair verlaufen sei. Allein die Tatsache, dass den Angeklagten die Gelegenheit zum Vorbringen ihrer Statements zum Schluss des Prozesses gegeben werde, begründe kein faires Verfahren. Ein solches sei ohnehin nicht gegeben, da von der Verteidigung beantragte Beweise, insbesondere Zeugen, wegen Einmischungen der Regierung in das Verfahren nicht zugelassen worden seien.³⁰ Ein Prozess der vorliegenden Art sei zwangsläufig politischer Natur. Daraus erkläre sich auch die Nichtbehandlung von Verbrechen anderer Parteien, vor allem während des Krieges.

Der Krieg und das damit verbundene Leiden der Bevölkerung seien der Hauptgrund für die schnelle Form der ersten Umsiedlung gewesen. Die Art des Transfers, wie er von der Staatsanwaltschaft kritisiert worden sei, sei demnach der Situation im Land geschuldet,³¹ welche ihrerseits im Verfahren wegen angeblicher Irrelevanz für Case 002/01 nicht ausreichend Gegenstand der Verhandlungen gewesen sei. Die zweite Phase der Umsiedlung sei wiederum auf Veranlassung der jeweiligen Zonenverantwortlichen durchgeführt worden.

Besonders kritisierte die Verteidigung die vorgebrachten Argumente für die Ermordung ehemaliger Lon Nol Soldaten in Tuol Po Chrey. Die Beweise seien in sehr geringer Zahl, bedeutungslos oder unglaubwürdig.³² Gegen eine Politik zur Tötung aller ehemaliger Lon Nol Soldaten spreche zudem, dass in anderen Zonen keine Verfolgung dieser Gruppe stattgefunden habe.

Bezüglich der persönlichen Verantwortung der Angeklagten wurde angeführt, dass Nuon Chea sich zwar für eine Evakuierung Phnom Penhs ausgesprochen habe, allerdings aus den bereits genannten Gründen.³³ Die zweite Umsiedlungsphase sei in der Verantwortung der Zonenführer verlaufen. Von Exekutionen in Tuol Po Chrey habe er nichts gewusst. Zudem habe er nie an irgendeiner, ohnehin nicht existenten, Politik zur Verfolgung oder Tötung mitgewirkt. Khieu Samphan sei nicht Teil der Entscheidungsfindung gewesen und habe sich zum Zeitpunkt der Entscheidung zur zweiten Umsiedlung nicht im Land befunden.

3. Vorträge der Angeklagten

Am letzten Tag nahmen zunächst Nuon Chea und anschließend, nach den Vorbringen der Gegenargumente durch dessen Anwälte, Khieu Samphan die Möglichkeit wahr, sich zu den Tatvorwürfen zu äußern.

a. Nuon Chea

Nuon Chea kritisierte während seines Schlussvortrags die Art, wie seine persönliche Verantwortung versucht worden sei zu beweisen und negierte selbige. Zunächst habe das Gericht seine Rechte auf ein faires Strafverfahren missachtet, indem es entlastende Beweise nicht zugelassen, die Überprüfung belastender Zeigen verhindert und Anträge der Verteidigung mit ständiger Ablehnung behandelt habe. Zudem stellte er in Frage, dass lediglich die Verbrechen der Roten Khmer behandelt werden. Kambodscha habe eine Geschichte der Gewalt und Kriege, wobei die Hun Sen- und die ehemalige Lon Nol-Regierung, Vietnamesen und Amerikaner ebenfalls Verbrechen begangen hätten.

Entgegen der Behauptung des Staatsanwalts sei er nicht für die Errichtung eines Sklavenstaates und einer verbrecherischen Politik verantwortlich. Er sei Präsident der Nationalversammlung, stellvertretender Parteisekretär der CPK

²⁹ So habe man verschiedene Phrasen der Roten Khmer, wie etwa das Wort „Befreiung“, verwendet, weil sie in dieser Form auch in der Anklageschrift zu finden seien und nicht, um Leiden zu schmälern.

³⁰ Es der Gegenseite noch nicht einmal möglich gewesen, den Namen bestimmter Zeugen auszusprechen.

³¹ Laut Rechtsanwalt Koppe habe die vorhandene Nahrung in der Hauptstadt am 17.04.1975 noch für sechs Tage ausgereicht.

³² Die Verteidigung zeigte etwa ein als Beweis eingebrachtes Foto auf einer Leinwand, welches jedoch keinesfalls Verbrechen zeige. Weiter wurde auf die geringe Glaubwürdigkeit Duchs verwiesen.

³³ Vgl. Punkt (II.1.c.bb.).

und stellvertretender Präsident des Komitees für Beziehungen mit Vietnam gewesen,³⁴ allerdings ohne Bezug zu S-21 oder dem Militär. Innerhalb seiner Positionen habe er zur Politik und der Unterrichtung von Parteikadern beigetragen, allerdings nicht zur Errichtung eines Sklavenstaats. Stattdessen sei seine Intention die Befreiung der Bevölkerung gewesen, um einen erhöhten Lebensstandard in einem unabhängigen Kambodscha zu ermöglichen. Die Politik habe die Etablierung eines, in Kooperativen organisierten, Wirtschaftssystems vorgesehen, sodass mithilfe eines Vier-Jahres-Plans zunächst die Nahrungsversorgung wiederhergestellt werden sollte. Verbrechen seien aufgrund von Parteikadern erfolgt, die die Politik missverstanden hätten. Auch Verräter der Revolution, vietnamesische und Agenten des CIA hätten zu den Verbrechen beigetragen, um das kambodschanische Volk auszulöschen, was der Parteiführung jedoch zu spät bewusst geworden sei.

Umsiedlungen und Tötungen ehemaliger Lon Nol Soldaten seien nicht Ausdruck krimineller Intentionen gewesen. Der Bevölkerungstransfer aus Phnom Penh sei ohne Zwang und wegen der allgemeinen Notlage notwendig gewesen. Spätere Umsiedlungen seien erfolgt, um die Zufuhr von Arbeitern in die Kooperativen zur Etablierung eines stabilen Wirtschaftssystems zu gewährleisten. Jedwede Form der Diskriminierung von Stadtbewohnern sei gegen den Willen der Parteiführung erfolgt. Auch die Tötung ehemaliger feindlicher Soldaten sei konträr zur politischen Linie gewesen. In Wahrheit seien, sich ergebende feindliche Soldaten als normaler Teil der Bevölkerung zu behandeln gewesen. Da infolgedessen sämtliche angeblichen Verbrechen außerhalb des Verantwortungsbereichs Nuon Cheas und gegen dessen Willen erfolgt seien, habe das Gericht den Angeklagten freizusprechen.

b. Khieu Samphan

Khieu Samphan nutzte lediglich die Zeit einer ungefähren viertel Stunde, um sich zu den Tatvorwürfen gegen ihn zu äußern. Zuvor habe er, was ihm kritisch vorgehalten worden sei, wenig ausgesagt und dieses Wenige sei von den Gegenseiten manipuliert und ausgenutzt worden. Um dem zu entgehen, und um seine Würde zu erhalten, habe er von seinem Recht zu Schweigen Gebrauch gemacht und versuche auch bei dieser Gelegenheit nicht, sich zu erklären. Seine Intention während der Partizipation in der GRUNK, FUNK und im Demokratischen Kampuchea habe keinesfalls in der Durchführung von Massakern, sondern immer in der Unterstützung der Schwachen und der Befreiung Kambodschas gelegen. Mehrfach betonte er seine damalige Unkenntnis der Vorkommnisse im Land. Dementsprechend habe er in seiner machtfreien Position an keinem kriminellen Plan mitgewirkt und sei frei vor den Vorwürfen des laufenden Verfahrens.

III. Trial Management

1. Trial Management Meeting

Am 11. und 12. Dezember 2013 fand ein Trial Management Meeting statt, während dessen das weitere Vorgehen in Hinblick auf den kommenden Case 002/02 sowie die finanzielle Situation an den ECCC öffentlich besprochen wurde.³⁵

a. Besetzung des Gerichts

Zunächst wurde beratschlagt, wie der, aufgrund einer Entscheidung der Supreme Court Chamber ergangene Rat, für den zukünftigen Case 002/02 die Trial Chamber neu zu besetzen, zu behandeln sei. Hierzu wurden der amtierende Direktor der Verwaltung der ECCC, Kranh Tony, sowie dessen Stellvertreter, Knut Rosandhaug, über die verfügbaren finanziellen und logistischen Ressourcen für eine solche Neubesetzung befragt. Diese gaben an, dass man bereit sei, entsprechend einer Entscheidung der Trial Chamber notwendige Schritte, wie etwa verschiedene Konsultationen einzuleiten. Es werde bedacht, dass neben der eigentlichen Besetzung Ersatzrichter und weiteres Personal finanziert werden müsse.

Die Anklagevertreter erkundigten sich in Anbetracht des Alters der Angeklagten und der Bedeutung des kommenden Teilprozesses über die Möglichkeit, bereits im Februar 2014 mit den Verhandlungen zu Case 002/02 zu beginnen. Ein schnelleres Fortfahren sei zudem kostengünstiger als das Warten auf das Urteil zu Case 001/02. Weiterhin könne man Ersatzrichter anderer Kammern einsetzen. Einen etwaigen Interessenskonflikt werde es dabei nicht geben. Die Verteidigerteams betonten das Recht der Angeklagten auf ein faires Verfahren sowie die ihrerseits notwendige Vor-

³⁴ Englische Bezeichnungen, wie sie im Gericht verwendet wurden: President of National Assembly, Deputy Secretary of CPK, Deputy President of Communication Committee with Vietnamese.

³⁵ Ursprünglich sollte das zum Ende der Closing Statements angekündigte Trial Management Meeting bis zum 13. Dezember 2013 andauern, wobei zunächst nicht bekannt gegeben wurde, ob dieses öffentlich stattfinden sollte.

bereitungszeit. Die Verteidigerin Khieu Samphans, Anta Guisse bevorzugte, zunächst das Urteil des aktuellen Verfahrens abzuwarten. Die Opfervertretung argumentierte gegenteilig.

b. Finanzielle Situation

Die Verwaltungsvorsitzenden wurden eingehend zu der momentanen und künftigen Finanzsituation der ECCC befragt. So habe man bereits Anfragen an die UN bezüglich weiterer Gelder gestellt, wobei das Budget für das laufende und kommende Jahr vermutlich ausreiche. Von Seiten der Richter wurde angemerkt, dass bereits in der Vergangenheit zahlreiche Gehälter von Mitarbeitern und Angestellten nicht ausgezahlt worden seien. Auf zahlreiche Nachfragen gab der stellvertretende Verwaltungsdirektor an, dass die eine Neubesetzung der Trial Chamber noch nicht genau einkalkuliert worden sei, man jedoch die Hauptgeberländer auf das Problem aufmerksam gemacht habe.

c. Gegenstand des Case 002/02

Bezüglich der inhaltlichen Planung des Case 002/01 betonte die Seite der Staatsanwaltschaft, im kommenden Teilverfahren benötige man lediglich 96 Verhandlungstage zur Vernehmung der von ihrer Seite einzubringenden Zeugen. Bereits gewürdigte Beweise seien nicht erneut einzubringen, da beide Teilverfahren ein Ganzes seien. Dabei seien alle relevanten Anklagepunkte, namentlich Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zu behandeln, allerdings bei einer Begrenzung auf einzelne repräsentative Tatkomplexe. Dem stimmte die Opfervertretung unter dem Hinweis auf das Alter und dem Bedürfnis zur Wahrheitsfindung ihrer Klienten zu. Von Seiten der Verteidigerteams wurden ebenfalls keine prinzipiellen Einwände erhoben. Einerseits sprach sich Nuon Cheas Vertretung jedoch für mehr Flexibilität bezüglich der Tatkomplexe aus. Andererseits solle man der Verteidigung Khieu Samphans nach zunächst eine Entscheidung der Supreme Court Chamber abwarten, um das Teilverfahren rechtmäßig zu beginnen.

2. Organisatorisches

Es wurde ein weiteres Trial Management Meeting für Anfang 2014, jedoch ohne konkretes Datum, angekündigt.

3. Verhandlungsführung durch das Gericht

Die Closing Statements verliefen insgesamt planmäßig. Während des Vortrags von Nuon Cheas Verteidiger Vercken wurde dieser jedoch mehrfach vom Präsidenten unterbrochen und zu respektvollen sowie fallrelevanten Äußerungen ermahnt.³⁶

4. Öffentlichkeit

Während der Closing Statements war das öffentliche, insbesondere das mediale Interesse sehr groß, sodass nicht sichergestellt werden konnte, dass sämtliche gewillte Zuschauer Einlass bekamen. Dies war insbesondere am letzten Tag der Fall, als die Angeklagten ihre Schlussvorträge hielten. Auch außerhalb des Gerichts erfuhren die Prozesse sehr starkes mediales Interesse. Das Trial Management Meeting hingegen erhielt wenig öffentliche Beachtung, was sich auch in den Zuschauerzahlen spiegelte.

Ein Bericht von Tobias Römer

³⁶ Der Anwalt hatte unter anderem zuvor das Gericht als Zirkus und die Anklagevertreter als Rucksacktouristen, denen man rote Roben verpasst habe, bezeichnet.